

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	07/2021
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	27.07.2021
Zeit:	19:00 Uhr – 22:35 Uhr
Ort:	Aula Schulzentrum, Alter Postweg 10
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><b><u>Grüne</u></b> Stadträtinnen Geißler, Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein (ab 19:20 Uhr) und Konrad</p> <p><b><u>FW</u></b> Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, KH Streib und Wachert</p> <p><b><u>CDU</u></b> Stadträtinnen Oppelt und von Reumont, Stadträte Bernauer und Wagner</p> <p><b><u>SPD</u></b> Stadträtin Linier und Oehne-Marquard, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Keller und Schimpf</p> <p><b><u>Linke</u></b> Stadtrat La Licata</p> <p><b><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u></b> Stadtrat Fritsch</p>
weiter anwesend:	Frau Polte, Herr Weiher, Herr Ansorge
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Weichert und Streib, Stadtrat Rupp; Stadträtin Linier ab 20:30 Uhr
Urkundspersonen:	Stadträte Rehberger und Hertel
Sachvortrag:	Herren Rukiqi und RA Maaß, Frau Busch
Schriftführerin:	Frau Taag

0: **Bürgerfragestunde**

Eine Bürgerin der Rainbach, fragt, ob Bürgermeister und Gemeinderat die juristische und moralische Verantwortung für Schäden an Leib und Leben und Haben und Gut von Anwohnern des Neckarbergs übernehmen, wenn durch ein Luxusbauvorhaben massive Erdbewegung den Berg stark destabilisierten und ein Unwetter ähnlich der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen passiere.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Stadt Neckargemünd keine Baurechtsbehörde sei und somit Bürgermeister und Gemeinderat nicht die rechtliche Verantwortung innehaben. Risiken gäbe es überall, wo gebaut werde, daher werde ein Bauvorhaben entsprechend von Fachbehörden geprüft, darunter sei auch das Landesamt für Geologie. Wenn diese Behörden Bedenken haben, erfahren Bürgerschaft und Gemeinderat dies im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens, und die Bedenken würden geprüft und berücksichtigt.

Eine Bürgerin der Rainbach, fragt, wie Bürger heute zum TOP 3 Fragen stellen sollen, wenn dieser erst nach der Bürgerfragestunde vorgestellt werde.

Der Bürgermeister äußert Verwunderung über die Vorgehensweise der Bürgerinitiative. Zuerst habe sie eingefordert, dass die Abstimmung im Gemeinderat bezüglich der Rücknahme des Aufstellungsbeschlusses zur „Rainbach 2.0“ nochmals in die heutige Gemeinderatssitzung komme. Die Stadt habe dies abgelehnt. Es läge ein eindeutiges Votum vor, das von sämtlichen Mitgliedern des Gemeinderates getroffen worden sei. Man könne nicht so lange abstimmen lassen, bis es zufällig durch An- oder Abwesenheiten von Räten ein anderes Ergebnis gebe. Das nach demokratischen Regeln erzielte Ergebnis müsse man hinnehmen. Nun wiederum fordere die Bürgerinitiative, dass der neueste Sachstand nach Umplanungen überhaupt nicht mehr vor dem Bürgerentscheid vorgetragen werden dürfe, dies verfälsche den Sachstand, über den abgestimmt werden solle. Das sehe die Stadt nicht so. Der Verwaltung sei vielmehr daran gelegen, dass die Bürger sich in der letzten öffentlichen Sitzung vor dem Entscheid ein Bild über den neuesten Sachstand machen können – auch dies sei erheblich für die Entscheidung, die sie an der Wahlurne treffen. In der Geschäftsordnung des Gemeinderats sei klar geregelt, dass die Bürgerschaft in Gemeinderatssitzungen lediglich im Rahmen der Bürgerfragestunde ein Rederecht habe. Diese finde lt. Geschäftsordnung vor Eintritt in die Sitzung statt. Er könne Bürgern, damit auch der Bürgerinitiative, auch während der Sitzung die Möglichkeit einräumen, eine Stellungnahme abzugeben.

Die Bürgerin fragt, warum es nun keinen „runden Tisch“ mit Gemeinderat, Investor und Bürgerinitiative gäbe, um ein gemeinsames Konzept zu finden, und nun allein der Investor vortragen dürfe.

Der Bürgermeister erwidert, er wisse, dass der Investor mit allen Fraktionen und der Initiative im Gespräch gewesen sei. Er sei der Meinung, dass die Bürgerschaft den aktuellen Planungsstand vor der Sommerpause wissen sollte, um beim Bürgerentscheid bestmöglich informiert zu sein.

Die Bürgerin entgegnet, sie empfinde dies als irreführend. Die Bürgerschaft stimme eventuell anders ab, wenn der Investor seine Pläne nun ändere.

Der Bürgermeister präzisiert, so wie die Frage des Bürgerentscheids gestellt sei, gehe es ausschließlich darum, ob der Aufstellungsbeschluss des Gemeinderats zurückgenommen werde. Zur Beurteilung der Frage sei für die Bürger der aktuelle Planungsstand wichtig. Dennoch sei klar, dass die Planung sich mit Sicherheit weiter ändern werde. Es gebe immer einen Abstimmungsprozess, der durch die Bürgerschaft und die Räte mitbeeinflusst wird, die ihre jeweiligen Aspekte

einbringen. Gerade die umfassende Bürgerbeteiligung sei das große Plus, das ein Bebauungsplanverfahren bietet.

Eine Bürgerin der Rainbach berichtet, dass ihr Familienunternehmen Subunternehmer für die BRN Rhein-Neckar sei. Die Firma könne ihrer Fürsorgepflicht als Arbeitgeber nicht mehr nachkommen, da es in Dilsberg und Mückenloch an den Endhaltestellen keine Toilette für die Busfahrer gäbe. Sie habe aus der Berichterstattung zur letzten Sitzung erfahren, dass es eine Friedhofstoilette in Mückenloch gäbe. Sie fragt, wie sie die Kirche nach dem Schlüssel fragen könne.

Der Bürgermeister antwortet, die Stadtverwaltung stehe gerade mit BRN Rhein-Neckar im Kontakt. Sachstand: die BRN Rhein-Neckar wolle einen Schlüsseltresor anbringen, so dass die Toilette in der Friedhofskapelle zugänglich gemacht werden könne. Die Stadtverwaltung verhandle noch mit der BRN Rhein-Neckar über die Reinigungskosten.

Die Bürgerin ergänzt, die geforderten Reinigungskosten müssten sich stark reduzieren.

Der Bürgermeister wiederholt, dass die Verwaltung hierüber im Kontakt mit dem Unternehmen sei. Er denke, nach den Sommerferien werde es eine Lösung geben.

Die Bürgerin und Vertrauensperson der Bürgerinitiative kündigt an, die Bürgerinitiative wolle heute keine Fragen mehr zur Rainbach stellen. Die Initiative mutmaße, nicht alle wollten eine Mitsprache der Bürger, gehe aber davon aus, dass sie den Bürgerentscheid souverän gewinnen werde. Sie habe mit Herrn Rukiqi grundsätzlich gute Gespräche geführt, jedoch keinen Konsens bezüglich der „Schiffchen“ gefunden.

Der Bürgermeister erläutert, dass der Gemeinderat über Bebauungspläne abstimme. Strömungen aus der Bevölkerung spiegelten sich durchaus im Gemeinderat wider, somit entscheide er im Sinne der Stadt. Der Ausgang des Bürgerentscheids sei derzeit noch offen.

Stadtrat Katzenstein kommt. (19:20 Uhr)

Eine Bürgerin der Rainbach, berichtet, ihr Hauptanliegen sei der Naturschutz. Sie habe sich mit dem BUND getroffen. Dieser habe erklärt, der Ortsteil Rainbach und das Gebiet darum sei ein eingetragener Naturpark mit Biotopen. Es gäbe ein Biotop in der Trockenmauer mit Ausnahme eines kleinen Abschnitts an der ehemaligen Gaststätte. Sie fragt, woher die Tiere wissen sollten, wo das Biotop anfangen und aufhören. Das Naturschutz- und Landschaftsschutzamt müssten vor Änderungen auf dem Gelände eingeschaltet werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass Neckargemünd im Naturpark Neckartal-Odenwald liege. Die hier vorhandenen zahlreichen Biotope würden unter anderem anhand der Vorkommen von Lebewesen und Pflanzen kartiert. In der besagten Trockenmauer sei ein Biotop kartiert. Es sei Teil jedes Bauantrags- oder Bebauungsplanverfahrens, die Naturschutzbehörden vor baulichen Veränderungen einzubeziehen.

Die Bürgerin weist darauf hin, dass die Gebäude im „Rainbach 2.0“-Areal aber vorher abgerissen werden könnten.

Der Bürgermeister sagt, dies sei die Verantwortung des Grundstückseigentümers, denn Biotope seien besonders geschützt.

Eine Bürgerin stellt sich vor, sie sei ab dem 1. August neue Inhaberin der Marktapotheke in Neckargemünd. Sie schildert den Geschäftsbereich und Arbeitsumfang einer Apotheke vor Ort und sagt, sie hoffe, dass alle die Apotheke vor Ort nutzen.

Der Bürgermeister spricht seine Freude darüber aus, dass es mit der Marktapotheke nach dem Ruhestand der Vorbesitzerin weitergehe. Er kündigt seinen Antrittsbesuch an.

Ein Neckargemünder Bürger, erinnert daran, vor drei Monaten in der Bürgerfragestunde nach dem Ausbau des Radwegs entlang der Wiesenbacher Straße gefragt zu haben. Er habe die Antwort bekommen, die Verwaltung habe „alles auf dem Schirm“. Sein damaliger Vorschlag, am Ortsausgang Bischofsmützen aufzustellen, sei noch nicht umgesetzt worden.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Stadt Neckargemünd keine verkehrsrechtlichen Anordnungen treffen dürfe, sondern hierzu den Rhein-Neckar-Kreis brauche. Die Verwaltung sei im Gespräch mit dem Landkreis und dem Regierungspräsidium, für die Wiesenbacher Straße die Radführung unter Wegfall von Parkplätzen zu gestalten. Auch bezüglich des Radwegs entlang der Bahnhofstraße und bezüglich des gewünschten Radweges nach Bammental sei man im Gespräch. Er gehe davon aus, dass es in den nächsten zwei bis drei Monaten sichtbare Fortschritte geben werde. Die Stadt selbst dürfe kein Verkehrsschild anbringen und keine Bischofsmütze aufstellen. Er dankt dem Bürger für die Erinnerung. Er könne ihn gerne weiter auf das Thema ansprechen. Das Radkonzept der Stadt werde ständig weiterbearbeitet und liege nicht in einer Schublade. Auch die dort geschilderten Pläne zur Bahnhofstraße dürfe Neckargemünd eigenständig nicht umsetzen.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 06/2021 vom 29.06.2021**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat Fritsch bringt vor, bei TOP 2.2 nicht das Wort „Weisung“ gesagt zu haben.

Der Bürgermeister hört sich im Sitzungsrund um und kommt zu dem Schluss, dass beide Schriftführerinnen und die Urkundspersonen es so verstanden haben, das Wort bleibe also so stehen.

Stadtrat Fritsch sagt, er habe einen Hinweis und nicht eine Weisung gemeint.

Der Bürgermeister antwortet, im Protokoll werde geschrieben was gesagt und nicht was eventuell gemeint wird.

Stadtrat Wachert merkt an, dass die Dame, die sich in der Bürgerfragestunde geäußert habe, falsch geschrieben worden sei.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderratssitzung Nr. 07/2021 vom 13.07.2021 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

3: **Aktueller Sachstand Planungen Rainbach**

3.1: **Sachvortrag:**

Herr Rukiqi, Frau Busch und Herr Maaß präsentieren den neuen Planungsstand des Projekts „Rainbach 4.0“. Die Präsentation ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

3.2: **Beratung:**

Herr Rukiqi ergänzt, dass es in diesem Anliegen kein Richtig und kein Falsch gäbe, sondern nur ein Miteinander. Die RED GmbH habe sich mit den Fraktionen und der Bürgerinitiative getroffen und die neue Planung vorgestellt. Die Bauherren hätten versucht, etwas von der „alten Rainbach“ zu erhalten. Der Gastraum mit Kachelofen, in dem sich die Prominenz früher getroffen habe, bliebe erhalten. Tagungsräume und eine Betreiberwohnung seien zusätzlich eingeplant. Dem Wunsch nach Satteldächern sei entsprochen worden, um das Bauprojekt in die Umgebung anzupassen. Die „Schiffchen“ seien aus Sicht der Investoren architektonisch für das Projekt wichtig und daher hielten sie daran fest. Die Mischung aus den modernen „Schiffchen“, dem Teilerhalt des Gaststättengebäudes und des in die Umgebung eingepassten Wohngebäudes sei seiner Meinung nach gelungen. Er weist daraufhin, dass die Bestandsimmobilie die größte Immobilie dort sei. Beim vorgestellten Projekt werde weniger Fläche versiegelt als in der Umgebungsbebauung.

Herr Rechtsanwalt Maaß geht auf Fragen aus der Bürgerfragestunde ein. Bei der Flutkatastrophe in der Eifel sei kein Gebäude umgefallen, weil auf dem Nachbargrundstück gebaut wurde. Wenn die Baugrube geplant werde, gäbe es selbstverständlich ein Bodengutachten. Der Bauherr seien hierfür verantwortlich und es werde von Ingenieuren und Behörden geprüft. Zum Wunsch nach einem „runden Tisch“ und einem Mehr an Bürgerbeteiligung erklärt er zunächst, dass beim Aufstellungsbeschluss das Bauverfahren eingeleitet werde, hier sei die Bürgerbeteiligung vorgeschrieben. Dieser Teil habe noch gar nicht stattgefunden. Wäre der Aufstellungsbeschluss vom Gemeinderat zurückgenommen worden, wäre hierdurch weniger Öffentlichkeit beteiligt gewesen, da die vorgesehene Bürgerbeteiligung nicht stattfinden könnte. Es habe bisher schon sehr viel an informeller Bürgerbeteiligung gegeben, zum Beispiel die Wohnerversammlung, diverse Gespräche mit den Fraktionen und der Initiative sowie Anwohnern, bevor überhaupt ins Verfahren eingestiegen wurde. Auch die Biotopkartierung werde im regulären Verfahren geprüft.

Stadtrat Katzenstein dankt der RED GmbH für den neuen Entwurf. Er erkundigt sich, ob die bereits besprochene Holzbauweise Anwendung finden soll.

Herr Rukiqi antwortet, dass geplant sei, das gesamte hintere Mehrfamilienhaus am Neckarberg in Holzbauweise auszuführen.

Stadtrat Wagner dankt der RED GmbH für die Ausführungen. Er fragt, ob die in ersten Entwürfen geplante Hotelnutzung nun jetzt komplett vom Tisch sei.

Herr Rukiqi bestätigt, diese sei aus den Plänen gestrichen.

Stadtrat Keller erkundigt sich nach den Eigentumsverhältnissen und fragt, ob Herr Rukiqi als Eigentümer im Grundbuch eingetragen sei.

Herr Rukiqi bestätigt, eingetragener Eigentümer zu sein. Er würde über ein fremdes Grundstück nicht so einen Aufwand betreiben.

Stadtrat Fritsch fragt, ob der Treidelpfad weiterhin zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung stehe.

Herr Rukiqi betont, dies bereits in früheren Gesprächen klargemacht zu haben: jetzt und für immer werde er den Weg offenlassen. Die RED GmbH sei bereit mit der Stadt hierüber auch eine schriftliche Vereinbarung zu treffen.

Stadtrat Katzenstein verliest die Stellungnahme der Grünen-Fraktion. Es gäbe Bewegung im Projekt. Der Bauherr habe sich deutlich bewegt und einen großen Schritt zum Gemeinderat und den Bürgerinnen und Bürgern gemacht. Die alte Gaststube bleibe nun erhalten. Der Anbau mit dem Fachwerk sei deutlich jünger und werde abgerissen, aber das Originalgebäude bleibe erhalten. Das hintere Gebäude sei nun an die Umgebung angepasst durch Satteldach und Sandstein, zudem sei Holzbauweise geplant. Auch die Gastronomie bleibe erhalten, bzw. komme nach langem Stillstand wieder gastronomisches Leben in den Ortsteil Rainbach. Nach Überzeugung der Fraktion der Grünen werde der Ortsteil durch das Bauprojekt aufgewertet, auch Bestandsgebäude und Grundstücke würden im Wert steigen. Über die „Schiffchen“ gäbe es unterschiedliche Meinungen, ihm persönlich gefielen sie, anderen in der Fraktion, im Gremium und in der Bürgerschaft gefielen sie nicht. Kein Bauplan verlasse das Gremium so, wie er hereingekommen sei. Das Gremium, die Verwaltung und die Bürgerschaft hätten die Möglichkeit, Einwände zu erheben. Bei dem Projekt werde es also noch Veränderungen geben, egal wie das Bürgerbegehren im September ausgehe. Wenn das Bürgerbegehren erfolgreich sei, könne Herr Rukiqi nach § 34 Baugesetzbuch bauen. Dann müsse das Projekt sich nur in der Kubatur an die Umgebung anpassen. Nur im Bebauungsplanverfahren könne die Stadt weitergehend Einfluss nehmen.

Stadtrat Wachert sagt, er könne die alte Gaststätte „Rainbach“ in der Planung nicht mehr erkennen, dies könne auch an der Skizze liegen. Er wundere sich, dass das Thema noch einmal auf der Tagesordnung stünde. Die Fraktion der Freien Wähler habe eine komplette Neuplanung, die Integration der alten Gebäude, die Entfernung der „Schiffchen“ aus der Planung gefordert. Dem sei die RED GmbH nicht nachgekommen. Das Bauprojekt passe nicht in die historische Landschaft. Die „Schiffchen“ gefielen nur der Hälfte des Gemeinderats. Manche Investoren bekämen „den Hals nicht voll genug“. Hier solle aus viel Geld noch mehr gemacht werden. Das bringe der Stadt nichts. Seine Frage nach dem Hintergrund der GmbH sei nicht zu seiner Zufriedenheit beantwortet worden. Er habe das Gespräch mit den Investoren abgebrochen. Die Mieten würden in der Region in die Höhe schießen. Die Stadt könne etwas dagegen tun. Das Bauprojekt in der Wiesenbacher Straße mit geplanten Sozialwohnungen sei ein positives Beispiel. Er habe ein Problem damit, weitere Luxusvillen willkommen zu heißen. Die Stadt lebe von Vielfältigkeit und Familien. Die Klientel, die sich Luxusvillen leisten könne, interessiere sich nicht für die Stadt.

Stadträtin von Reumont äußert sich überrascht darüber, wie verschieden Wahrnehmung sein könne. Die CDU-Fraktion habe die Gespräche mit den Bauherren ganz anders, viel positiver wahrgenommen. Natürlich habe man es mit einem Investor und keinem Wohltäter zu tun. Was die Leute wollten, sei verschieden. Ein Investor lasse nicht abstimmen und baue dann, was die anderen wollen. Herr Rukiqi sei nun mal in diesem hochpreisigen Niveau unterwegs. Auch der Gemeinderat habe Wünsche an den Investor gehabt: Hotel, Gastronomie und Wohnen. Es sei erstaunlich, in welcher kurzer Zeit sich so viele verschiedene Konzepte entwickeln ließen - und gut, dass schon so viel passiert sei. Natürlich sei nach § 34 Baugesetzbuch vorgeschrieben, dass der Gemeinderat hinsichtlich bestimmter Aspekte mitsprechen dürfe. Ein Satteldach gehöre beispielsweise nicht dazu. Es würden in diesem Fall nur die wenigen Anlieger gehört werden müssen und nicht alle, die etwas dazu sagen

wollten. Die CDU-Fraktion führe eine gute Gesprächskultur und fühle sich beim Bauherren gehört und wahrgenommen. Diese Veränderungen seien auch in den Plänen zu sehen.

Stadtrat Schimpf sagt, was er gerade gehört habe, fände er problematisch. Diese „Jubelrufe“ passten nicht in seine Wahrnehmung. Was hier als toller Fortschritt gepriesen werde, dass z. B. das Hotel wegfalle, sei für ihn eine simple Voraussetzung gewesen. Wirtschaftlich sei das Hotel nicht haltbar gewesen und auch die anderen Änderungen seien minimal. Besucher sähen vom Neckar her die „Schiffchen“: drei Stockwerke plus Tiefgarage plus Penthouse. Das erdrücke die Wahrnehmung des Weilers und die ganze Neckarschleife. Die Stadt müsse sich fragen, ob das Projekt dazu führe, dass hier Neubürger herbeigelockt würden, die sich engagieren. Die SPD-Fraktion bezweifle das. Die „Schiffsklötze“ passten nicht vor die historische Bergfeste Dilsberg. Bezüglich der Größendimension habe sich etwas getan, aber hinsichtlich der Neckarfront diskutiere der Investor überhaupt nicht. Die SPD-Fraktion sei auch verwundert gewesen, dass das Projekt nochmal auf die Tagesordnung gekommen sei und fürchte, es solle dazu führen, die Investoren als grenzenlos kompromissbereit darzustellen, um den Bürgerentscheid im September zu beeinflussen. Die SPD-Fraktion rate der Bevölkerung, am 26.9.2021 für die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zu stimmen. Dann sei „tabula rasa“ und man könne auch über die „Schiffchen“ neu bestimmen.

Stadtrat La Licata erklärt hinsichtlich des Verfahrens, dass Landes- und Bundesrecht hier Hand in Hand gingen, so dass nur an dieser Stelle ein Bürgerbegehren möglich sei. Er fände es in Ordnung, die neue Planung öffentlich vorzustellen. Sollte es einen negativen Ausgang des Bürgerbescheids geben, so werde er die Meinung und Wünsche der Bürger umsetzen und keinem Plan zustimmen, der gegen den Wunsch der Bürger gehe. Da Mieten in der Umgebung stiegen, müsste die Stadt dem in Zukunft zum Beispiel durch eine eigene Wohnungsgesellschaft entgegenwirken. Er wolle seine persönliche Meinung zum Projekt zurückhalten und werde in seiner Stellungnahme in der Informationsbroschüre zum Bürgerentscheid nur auf die Erklärung der rechtlichen Konsequenz eingehen.

Der Bürgermeister erläutert, warum das Thema heute auf der Tagesordnung sei. Es gehe ihm um Transparenz. Es sei immer wieder von „verschlossenen Türen“ und „Geheimplanung“ gesprochen worden. Ihm sei wichtig, dass die Öffentlichkeit auf demselben Stand sei wie die Stadträtinnen und Stadträte.

Stadträtin Oehne-Marquard berichtet, davon gehört zu haben, im Gespräch mit einem Anwohner habe Herr Rukiqi angeblich gesagt, er habe die Stadt „ausgelinkt und die hätten das nicht gemerkt“. Sie möchte das erklärt haben.

Herr Rukiqi versichert, diesen Satz niemals gesagt zu haben.

Auch ein Bürger im Zuhörerraum bestätigt dies.

Der Bürgermeister bietet den Anwesenden der Bürgerinitiative an, sich zu der soeben vorgestellten Planung zu äußern. Die Vertrauensperson Edith Mayer lehnt dies ab.

### 3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Vorstellung zum Thema Rainbach 2.0 zur Kenntnis.

Stadträtin Linier verlässt die Sitzung wie angekündigt aufgrund eines dringenden anderen Termins.

#### 4: **Änderung der Abwassersatzung (Zentrale Abwasserbeseitigung) – Neufassung**

##### 4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Ansorge erläutert die Vorlage und geht dabei insbesondere auf die Ermessensspielräume ein, die in der Satzung vorgesehen sind und die der Gemeinderat entscheiden müsse, etwas in § 26 (Beitragsfläche, wenn kein Bebauungsplan vorhanden ist), § 30 (von Vollgeschossen abhängiger Nutzungsfaktor, sowie Vorgehen bei Veränderungen bei den versiegelten Flächen.

##### 4.2: **Beratung:**

Stadträtin Geißler sagt, ihr sei aufgefallen, dass bei § 6 sehr viele giftige Substanzen, die nicht ins Abwasser geleitet werden dürften, gestrichen worden seien und möchte wissen, ob diese Einzelpositionen irgendwo anders wieder aufgelistet werden.

Stadträtin von Reumont findet die Positionen im gleichen §6 Absatz 2 in roter Schrift. Herr Ansorge ergänzt, in der durchgeschriebenen Neufassung sehe man besser, dass die Substanzen unter § 6.2 aufgelistet seien.

Stadtrat Dr. Rothe sagt, der §43 Abs. 2 beziehe sich auf den §39 Abs. 4 Satz 3. Dieser sei aber in § 40a umgeändert worden, der Verweis demnach angepasst werden.

Der Bürgermeister sagt, die Verwaltung nehme dies auf und prüfe es. Er bittet den Gemeinderat, unter Vorbehalt der redaktionellen Änderung zuzustimmen.

Stadtrat Dr. Rothe fragt, wieso gemäß der §§ 28-36 nur Vollgeschosse herangezogen werden dürfen.

Der Bürgermeister sagt, es sei sinnvoll, es wie das Land Baden-Württemberg zu machen, damit nicht unterschiedliche Maßstäbe angewandt würden.

Stadtrat Dr. Rothe fragt was passiere, wenn eine Garage über die Abwasserleitung gebaut werde und diese später erneuert werden müsse. Wer müsse für die Kosten aufkommen?

Herr Ansorge sagt, diesen speziellen Einzelfall könne er heute nicht ad hoc beantworten.

Der Bürgermeister wirft ein, so etwas Spezielles könne eine Satzung nicht darstellen. Das müsse man dann in einem Einzelfall klären, falls er auftritt.

Stadtrat Schimpf merkt an, kleine Grundstücksveränderungen würden hinsichtlich der Versiegelung nicht überprüft. Er erkundigt sich nach der vergangenen Untersuchung der Flächenversiegelung und ob es einen Mechanismus zur Fortschreibung gebe.

Herr Ansorge antwortet, in der Satzung sei vorgeschrieben: wenn ein Grundstückseigentümer eine Änderung vornehme, müsse er dies der Stadt gegenüber anzeigen. Eine flächendeckende Überprüfung werde irgendwann sicher wieder stattfinden.

Der Bürgermeister fügt hinzu, die Stadt Neckargemünd werde sich hier an die Stadt Heidelberg „anhängen“, wenn diese wieder eine Befliegung mache.

Stadträtin von Reumont dankt Herrn Ansorge für die übersichtliche und verständliche Präsentation. Die nachvollziehbare Darstellung der Änderungen in der Satzung sei sehr hilfreich gewesen. Sie bittet darum, dass die Verwaltung die wichtigen Punkte für die Bürgerschaft im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit erläutere.

Stadtrat Fritsch erkundigt sich nach der in § 40a behandelten Regenwassernutzung. Wenn man einen Garten habe und da nur Regenwasser nutze zur Bewässerung und sonst nichts, müsse man dann auch Abwassergebühren zahlen?



Der Bürgermeister erklärt, dem trage die Splittung nach Niederschlag- und Brauchwasser Rechnung, so werde die Gebühr reduziert, wenn Grundstücke nicht ans Abwassernetz angeschlossen seien.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung die in der Vorlage beigefügte Änderung und Neufassung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung-AbwS) der Stadt Neckargemünd.

5: **Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2021/22**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Weiher erläutert die Vorlage.

5.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister berichtet, dass Johannes-Diakonie in der Gemeinderatssitzung im kommenden September mit einem Bauantrag und Antrag auf finanzielle Mittel auf der Tagesordnung stehen werde. Hinsichtlich der Kosten für die Ganztagesbetreuung habe die Stadtverwaltung erfolgreich nachverhandelt.

Stadträtin Groesser fragt, wieso die Johannes-Diakonie bereits in die Bedarfsplanung für das kommende Kindergartenjahr aufgenommen werde. Wenn sie erst im September einen Bauantrag stelle, könne der Spatenstich frühestens in einem Jahr erfolgen.

Herr Weiher erklärt, dass die Verwaltung immer Plätze mit in die Bedarfsplanung aufnehme, die per Beschluss schon feststünden.

Der Bürgermeister ergänzt, dies sei auch eine politische Botschaft an die Johannes-Diakonie. Wenn die Plätze geschaffen werden, dann sind sie auch sicher in der Bedarfsplanung der Stadt. Die Johannes-Diakonie schaffe keine 40 Ganztagesplätze, wenn der Bedarf nicht da sei.

Stadträtin Groesser erwidert, sie verstehe das damit gesetzte Zeichen. Für die Stadt bedeute das dennoch, dass massiv Kindergartenplätze fehlten. Da werde der Diakonie-Kindergarten alleine nicht aushelfen.

Herr Weiher bestätigt dies. Es sei jedoch ein Schritt in die richtige Richtung. Die Wartelisten von Ganztageseinrichtungen seien voll, der Bedarf sei da und die Stadt arbeite daran, ihn auch zu decken.

Der Bürgermeister ergänzt, dass Neckargemünd keine Insel sei. Es würden Kinder außerhalb betreut und es kämen auch Kinder von außerhalb zur Betreuung nach Neckargemünd. Nach der Quote des Rhein-Neckar-Kreises habe die Stadt eine Auslastung von 101 %.

Stadtrat Rehberger stellt fest, dass jede Einrichtung hier in Neckargemünd am Ort gebraucht werde. Und die Einrichtungen brauchten von Seiten der Stadt die Sicherheit, dass sie in die Bedarfsplanung aufgenommen werde. Rechnerisch müsste Neckargemünd auch für Kinder Plätze vorhalten, die außerhalb der Stadt betreut werden. Momentan käme die Stadt mit den vorhandenen Plätzen aus, aber die Sternschnuppe und die Johannes-Diakonie würden in Zukunft benötigt. Der Umbau von verlängerten Öffnungszeiten zur Ganztagesbetreuung erfordere auch einen baulichen und personellen Umbau. Die Fraktion der Freien Wähler stimme dem Bedarfsplan zu.

Stadträtin Oppelt spricht Herrn Weiher ein Lob für die gute, sorgfältige Arbeit aus. Es sei erkennbar, dass Neckargemünd jedem Kind gerecht werden wolle. Die CDU-Fraktion stimme dem Bedarfsplan zu.

Stadtrat Schimpf sagt, er wolle abgesehen vom Lob nichts wiederholen.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd nimmt die vorliegende Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2021/2022 zustimmend zur Kenntnis.

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig die Aufnahme der in der Berechnung laut Vorlage aufgeführten Einrichtungen aus Neckargemünd (und Ortsteilen) in die kommunale Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2021/2022.

6: **Änderung der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen**  
**– Beschluss über die neuen Gebührensätze zum Kindergartenjahr 2021/2022**

6.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Weiher erläutert die Vorlage.

6.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger sagt, die Fraktion der Freien Wähler werde ohne Wenn und Aber zustimmen. Allerdings mit „geballter Faust in der Tasche“, denn sie seien der Meinung, dass Kinderbetreuung kostenlos sein müsse. Es sei schwierig, den Neckargemünder Eltern die Kosten zu erklären, wenn die Betreuung im Nachbar-Bundesland kostenfrei sei. Mittlerweile reiße das Löcher in die Haushaltskassen der Familien. Die Landesregierung und der Landtag müssten dazu gebracht werden, dass die Kinderbetreuung in einem der reichsten Bundesländer Deutschlands kostenfrei werde.

Stadtrat La Licata kündigt an, Punkt 1 der Beschlussfassung abzulehnen, weil er dies mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne. Der Länderfinanzausgleich sei ein schlechtes Argument, es gehe nämlich um eine landesinterne Verteilung der Kosten. Dem Punkt 3 werde er zustimmen.

Stadtrat Hertel erklärt, auch die SPD-Fraktion werde zustimmen, da sie dies müsse. Aber auch sie weise darauf hin, dass das Land zu seiner Verantwortung stehen müsse. Vorschularbeit gehe schon in den Bereich Bildung, das dürfe nicht alles auf den Rücken der Kommunen ausgetragen werden. Das gehe ins Geld, das diese dann zum Beispiel nicht für Freizeiteinrichtungen für Kinder ausgeben könne.

Stadträtin Groesser führt aus, dass es auch ihr lieber wäre, wenn Kinderbetreuung kostenlos wäre. Aber hier werde keine Landespolitik gemacht. Der Fraktion der Grünen wäre es lieber, wenn die Kosten nach Einkommen gestaffelt wären, daher werde die Fraktion nicht zustimmen.

Stadträtin Oppelt wirft ein, es sei zwingend notwendig, dass Eltern zu ihrer Kommune ihren finanziellen Beitrag leisten müssten. Kostenfreie Betreuung wäre auch der CDU-Fraktion lieber. In Waldhilsbach sollten die verlängerten Öffnungszeiten auch wirklich verlängert sein.

Stadtrat Katzenstein merkt an, dass jedes Jahr die gleiche Debatte geführt werde. Auch die Stadt könne die Kinderbetreuung kostenlos machen, das könne im kommunalen Haushalt beschlossen werden. Der Stadt fehle hierzu das Geld, dem Land auch. Kostenfreie Kinderbetreuung koste eine Milliarde Euro, das gäbe der Landeshaushalt nicht her.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt mehrheitlich mit acht Gegenstimmen und einer Enthaltung, die in der Beschlussvorlage genannten Gebührensätze für die Kinderbetreuungseinrichtungen in eigener Trägerschaft.

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt ferner mehrheitlich mit acht Gegenstimmen, den beiliegenden Satzungsentwurf der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen (Anlage 1) mit den angepassten Gebührensätzen. Die Satzung soll zum 01.09.2021 angewendet werden.

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd spricht sich darüber hinaus mehrheitlich mit vier Gegenstimmen und fünf Enthaltungen für die Anpassung der Aufnahmekriterien für die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen in Form der Beschlussvorlage beiliegenden Entwurfs (Anlage 2) aus.

Einvernehmlich wird die Reihenfolge der beiden nächsten TOPs umgekehrt, da für die Entgelte der außerschulischen Betreuung geklärt sein muss, ob im nächsten Schuljahr sofort ein neuer Caterer für die Schulmensa (hier essen auch die Hortkinder) beschlossen ist.

7: **Auftragserteilung neuer Anbieter Mensa Schulzentrum**

7.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Weiher merkt an, dass für Restaurants bis Ende 2022 der Steuersatz von 7 % und danach von 19 % gilt. Daher werde mit zwei unterschiedlichen Preisen pro Menü gerechnet, die in der Vorlage noch nicht enthalten seien.

7.2: **Beratung:**

Herr Weiher ergänzt, er habe nach dem Wunsch im Hauptausschuss mehrere Caterer in der Region kontaktiert. Diese hätten verschiedene Gründe genannt, warum sie sich nicht beworben haben. Zum einen wolle niemand mehr das Personal zur Essensausgabe bezahlen. Auch das geforderte Bestell- und Abrechnungssystem sage ihnen nicht zu. Die Firma S-Bar Catering erfülle diese Kriterien. Sie würde einen Teil des Essens in Nürnberg herstellen, schockgefrieren und dann in Neckargemünd aufwärmen, einen anderen Teil direkt in Neckargemünd zubereiten.

Der Bürgermeister fügt hinzu, die Stadt könne regionale Caterer nicht zwingen, sich zu bewerben, daher die deutschlandweite Ausschreibung. Die Personalkosten der Essensausgabe würde die Stadt nun einsparen.

Stadträtin Schlüchtermann sagt, dass „günstig“ kein Kriterium für das Essen für Kinder sein dürfe. Es gehe um die Qualität. Die Zulieferung des Essens aus Nürnberg gefalle der Fraktion der Grünen auch nicht. Die Stadt müsse Voraussetzungen schaffen, damit sich regionale Anbieter bewerben.

Der Bürgermeister merkt an, wenn das Catering regional ausgeschrieben werde, wäre das Ergebnis ein Anbieter (wahrscheinlich ein Restaurant) mit Essen für 8 Euro pro Menü. Das wolle dann niemand abnehmen. Was sei damit gewonnen?

Stadtrat La Licata fragt, ob es für schlechter gestellte Familien eine finanzielle Unterstützung gäbe.

Herr Weiher antwortet, diese Familien hätten die Möglichkeit, im Rahmen des „Bildungs- und Teilhabepakets“ des Jobcenters Zuschüsse zu erhalten.

Stadtrat La Licata betont, ihm sei wichtig, dass es ein Mittagessen ist, das man sich leisten könne. Es sei nichts gewonnen, wenn die Mensa leer sei und alle „oben beim Döner“ stünden. Biologisch und ökologisch wertvolles Essen sei für viele Familien nicht bezahlbar.

Stadträtin Geißler bemängelt, dass die Diskussion um den Preis nicht sachlich geführt werde. Zwischen 3,26 Euro und 8 Euro sei noch Luft. Vielleicht können die Stadt das Essen bezuschussen, um eine Mahlzeit für 4 oder 5 Euro möglich zu machen, die dann einen größeren „Bio-Anteil“ habe. Das sei nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Umwelt gut. Sie fragt, ob S-Bar Catering auch vegetarische Gerichte anbiete. Das sei der dünnen Vorlage nicht zu entnehmen.

Der Bürgermeister erwidert, die Räte hätten die Vorlage schon eine Woche – in dieser Zeit hätten sie bei der Verwaltung nach Details fragen können. Beim vorherigen Caterer, der SRH, habe auch nie jemand nach dem Speiseplan gefragt. S-Bar Catering veröffentliche seine Speisepläne, leicht zu recherchieren, online.

Stadtrat Rehberger erklärt, den Kindern müsse ein Essen angeboten werden. Das Gremium sollte jetzt zustimmen, damit die Kinder zum Schuljahresbeginn etwas zu essen haben. Der Vertrag könne nach zwei Jahren gekündigt werden.

Herr Weiher führt aus, Menü 1 enthalte Fleisch- und Fischgerichte, Menü 2 sei komplett vegetarisch.

Stadtrat Wagner sagt, wenn andere Kommunen sagen, dass es ein sehr seriöser Anbieter sei, habe Neckargemünd doch Glück ihn für sich gewonnen zu haben. Auch regionale Restaurants bekämen oft Convenience-Food geliefert, das vorher von A nach Z gefahren werde.

Stadtrat Fritsch sagt, die SRH spare, wo sie können. Das Gremium müsse den Vorschlag der Verwaltung annehmen.

Stadträtin Weber sagt, natürlich hätte die Fraktion der Grünen nachfragen können. Die Stadträtinnen und Stadträte seien aber nicht in der Informationsbringschuld. Sie fragt, ob es auch eine vegane Alternative gäbe.

Herr Weiher verneint.

Stadträtin Weber fragt, ob zumindest eine vegane Salatsauce angeboten werden könne.

Der Bürgermeister sagt, wenn die Nachfrage nach rein veganem Essen komme, könne der Caterer wohl darauf eingehen.

Stadträtin Oppelt sagt, die CDU-Fraktion hätte sich auch einen regionalen Anbieter gewünscht. Ihr gefalle, dass die Süßigkeiten-Automaten verschwinden würden.

Stadtrat Wachert sagt, ihm wäre es auch sympathischer, wenn es ein regionaler Anbieter wäre. Vielleicht schaffe es die Stadt in den zwei Jahren bis zur ersten Möglichkeit der Vertragskündigung eine regionale, biologische Alternative zu finden.

Stadtrat Bergsträsser sagt, er verstehe die Aufregung nicht. Im Hauptausschuss seien all diese Fragen detailliert besprochen und geklärt worden.

Stadtrat Dr. Rothe spricht von „Meckerei auf höchstem Niveau“. Man müsse froh sein, dass man überhaupt etwas anbieten könne.

### 7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich, mit fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen, der Firma S-Bar Catering GmbH & Co. KG den Zuschlag für die Mittagsverpflegung in der Mensa am Schulzentrum Neckargemünd gemäß der beiliegenden Vergabeempfehlung ab dem Schuljahr 2021/2022 zu erteilen.

8: **Änderung der Entgeltordnung für die außerschulische Betreuung**  
**– Beschluss über die neuen Entgeltsätze zum Schuljahr 2021/2022**

8.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

8.2: **Beratung:**

Herr Weiher weist darauf hin, dass im § 4 Absatz 8 andere Preise durch unterschiedliche Steuersätze aufgeführt werden müssten.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt mehrheitlich mit sieben Gegenstimmen und drei Enthaltungen, die in der Beschlussvorlage genannten Entgeltsätze für die außerschulischen Betreuungseinrichtungen in eigener Trägerschaft.

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt ferner mehrheitlich mit sieben Gegenstimmen und zwei Enthaltungen, den beiliegenden Entwurf der Entgeltordnung – außerschulische Betreuung (Anlage 1) mit den angepassten Entgeltsätzen. Die Entgeltordnung soll zum 01.09.2021 angewendet werden – hierbei soll die Ferienbetreuung in den Sommerferien jedoch noch gesamt nach dem alten Entgeltsatz abgerechnet werden.

9: **Beteiligung der Stadt Neckargemünd am ICAN-Städteappell bez. Vertrag zum Verbot von Atomwaffen**

9.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister dankt Stadtrat Katzenstein für die Anregung, die die Verwaltung gern aufgegriffen habe.

9.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister versichert, dass in der Stadt Neckargemünd niemand je geplant habe, Atomwaffen zu beschaffen oder einzulagern. Er lege dennoch nahe, den Vertrag zu unterschreiben und sich bei den Nachbarn einzuordnen.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass die Stadt Neckargemünd sich an dem in der Vorlage ausformulierten ICAN-Städteappell beteiligt, worin die Bundesregierung zum Beitritt zum Vertrag der Vereinten Nationen bezüglich des Verbotes von Atomwaffen aufgefordert wird. Die Verwaltung wird mit der Weiterleitung des Beschlusses an die Bundesregierung beauftragt.

10: **Mitteilungen und Anfragen**

10.1: **Erstes Neckargemünder Jugendforum**

Der Bürgermeister bezeichnet das Jugendforum, das am vergangenen Samstag stattgefunden hat, als Aushängeschild für Neckargemünd. Die Jugendliche hätten

tolle Ideen gehabt, sich vorab informiert und schon Argumentationsstrategien überlegt, um die Stadt zu überzeugen. Er lobt auch die anwesenden Stadträtinnen Weber und Streib sowie die Stadträte Hertel und La Licata und dankt den städtischen Mitarbeiterinnen Polte, Taag und Vollmer. Herr Nico Alt vom Kreisjugendring, der den Aufbau der Jugendbeteiligung mitbetreut hatte, habe die Stadt und die Jugendlichen auch sehr gelobt. Die Jugendlichen würden nun mit städtischer Unterstützung weiter daran arbeiten, Projekte und einen Jugendgemeinderat zu organisieren.

Stadträtin Groesser fragt, ob es schon Termine für Folgeveranstaltungen gäbe.

Frau Polte antwortet, der Fachbereich 1 wolle die Ergebnisse des Jugendforums über die Sommerferien ausarbeiten, sondiere dann die Einzelprojekte und organisiere Treffen in kleineren Gruppen.

10.2: **Jugendsozialarbeit**

Stadträtin Weber erinnert daran, dass ständig die Rede davon gewesen sei, dass es eine Kinder- und Jugendeinrichtung geben werde. Gerade die Kinder und Jugendlichen, die in der Pandemie viel zurückgesteckt hätten, bräuchten etwas, wo sie sich gut treffen können. Sie wünsche sich einen Bericht der Schulsozialarbeiter. Der Bürgermeister sagt den Bericht für den kommenden Herbst zu.

10.3: **Fußgängerampel Kleingemünd**

Stadtrat Keller fragt, ob die provisorische Fußgängerampel am Kreisel in Kleingemünd dauerhaft bleibe.

Der Bürgermeister antwortet, sie sie tatsächlich leider nur provisorisch im Rahmen des Schienenersatzverkehrs der Deutschen Bahn bis zum 2. Oktober 2021. Gerade sei der Wunsch nach einer Fußgängerampel wieder auf der Verkehrstagfahrt besprochen worden und weder der Rhein-Neckar-Kreis noch das Regierungspräsidium Karlsruhe sähen eine Notwendigkeit, eine Ampel einzurichten.

10.4: **Katastrophenschutzbericht**

Stadträtin Groesser sagt, sie habe vor vielen Jahren den Katastrophenschutz in Neckargemünd angesprochen, weil es von Seiten der Feuerwehr geheißen habe, dass dieser in Neckargemünd im Argen läge. Damals sei mitgeteilt worden, Herr Horvath mache gerade eine Fortbildung, daher habe sie nicht mehr nachgefragt, aber jetzt angesichts der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen hätte sie gerne, dass die Stadtverwaltung dem Gemeinderat das Katastrophenschutzkonzept vorstellt.

Der Bürgermeister erklärt, dies sei eine gute Idee. Eventuell könne es hierzu eine Veranstaltung außerhalb des Gemeinderats geben, zu der auch die anderen Blaulichtorganisationen eingeladen würden.

10.5: **Katastrophenschutz-Sirenen**

Stadtrat Bergsträsser berichtet, dass es in Mückenloch nur noch eine Sirene gäbe. Er fragt wie dies in der Stadt sei und was hier geplant sei.

Der Bürgermeister berichtet, dass es laut einem Eckpunktepapier ein Bundesprogramm zur Wiedereinführung der Sirenen geben soll. Die Stadt möchte in Neckargemünd gerne sechs neue Sirenen einrichten, die auch die Möglichkeit bieten, eine Ansage zu machen. Nun müsse man abwarten, bis das Bundesprogramm konkret sei.

10.6: **Sachstand Villa Menzer**

Stadträtin Schlüchtermann berichtet zunächst, sie habe mit Jugendlichen über das Jugendforum gesprochen und diese hätten es genauso gut gefunden. Es sei gut vorbereitet gewesen und sie hätten sich gehört gefühlt.

Sie fragt, ob es für die Villa Menzer seit der Janosch-Ausstellung neue Planungen gebe und erkundigt sich nach dem Sachstand zu Trauzimmer und Hausmeisterraum. Der Bürgermeister antwortet, die Verwaltung habe mit dem Verein Villa Menzer eine Ausstellung im Dezember geplant. Er wolle dem Verein da nicht vorgreifen. Das Trauzimmer sei ebenfalls in Arbeit. Der Hausmeisterraum sei provisorisch und im Haus wie in der Stadt frei beweglich.

10.7: **Bauhofbesichtigung**

Stadtrat Wachert erinnert an die geplante Bauhofbesichtigung und bittet diese noch vor Dezember 2021 durchzuführen.

Der Bürgermeister erwidert, das brauche etwas Vorlauf. Gut würde sich ein Samstagvormittag eignen – ggf. als Abschluss noch mit einem Grillen oder kleinen „Frühschoppen“.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadtrat Rehberger

Die Schriftführerin

Stadtrat Hertel